



Genau vor 80 Jahren: Am 30. 4. verteilt ein US-Soldat Zigaretten an befreite Häftlinge im KZ Dachau
Foto: US Army/Photo12/mago

Leerstellen in der Bildungsarbeit

Die neue Memo-Studie zeigt: Die Wissenslücken zur NS-Zeit werden größer. Um das Gedenken an die Opfer des Holocaust aufrechtzuerhalten, muss sich Schule ändern

Von Marco Fründt

Das Wissen über die NS-Zeit in Deutschland nimmt ab. Das ist ein zentrales Ergebnis der Studie „Multidimensionaler Erinnerungsmonitor“ (Memo), die am Dienstag veröffentlicht wurde. „In Deutschland zeigen sich besorgniserregende Wissenslücken und eine Verzerrung von Erinnerung, wenn es um den Nationalsozialismus geht“, sagt Studienleiter und Professor für Politische Psychologie an der Universität Bielefeld Jonas Rees der taz.

Seit 2017 erforscht die Stiftung „Erinnerung, Verantwortung und Zukunft“ (EVZ) zusammen mit dem Institut für interdisziplinäre Konflikt- und Gewaltforschung (IKG) in der Memo-Studie kontinuierlich, was und wie die Menschen in Deutschland die Zeit des Nationalsozialismus erinnern. Als Lernorte für die Auseinandersetzung mit der deutschen Geschichte spielen Gedenkstätten laut der Studie eine zentrale Rolle.

So gaben 72 Prozent der knapp 4.000 Befragten mit Wohnsitz in Deutschland an, mindestens einmal eine Gedenkstätte besucht zu haben. Und wie die repräsentative Onlinebefragung zeigt, gibt es einen Zusammenhang zwischen Besuchen von Gedenkstätten, Wissen über die NS-Zeit und der Bereitschaft, sich mit der deutschen Vergangenheit, aber auch gegenwärtigen Entwicklung zu beschäftigen.

Dabei komme es vor allem auf die Freiwilligkeit an: „Je freiwilliger und je selbstständiger der Besuch wahrgenommen wurde, desto eher empfanden die Befragten ihn als emotional befriedigend und motivierend, sich mehr mit dem Thema NS zu beschäftigen, desto mehr Faktenwissen konnte vermittelt werden“, so Rees.

Über die Hälfte der ersten Gedenkstättenbesuche finden im Rahmen von Schule statt. Schulbesuche wurden jedoch im Vergleich zu Besuchen mit Freund:innen oder der Familie als am wenigsten freiwillig und selbstbestimmt bewertet. Wie von dem Aufsuchen einer Gedenkstätte besonders profitiert werden könne, darüber lasse sich diskutieren, sagt Jo-

nas Rees. „Aber so gut wie alle Befragten geben an, etwas von so einem Besuch mitgenommen zu haben.“

Die Memo-Studie zeigt, Freiwilligkeit und Selbstbestimmtheit sind wichtige Faktoren dafür, ob Menschen ihren Besuch in einer Gedenkstätte positiv bewerten. Das müssten Schulen bei der Planung mitdenken, findet Andrea Riedle, Direktorin der Stiftung Topographie des Terrors: „Im Idealfall werden Schülerinnen und Schüler in die Entscheidung, welche konkrete Einrichtung besucht wird, miteinbezogen.“

Wie wenig aus der Schulzeit hängen bleibt, belegt die Studie ebenfalls: „Nur ein Drittel der Befragten konnte erklären, was Euthanasie ist, die anderen beantworteten die Frage falsch oder gar nicht“, sagt Rees. Nur wenige könnten zudem Schulzungen über Opfergruppen wie Sinti:zze und Rom:nja, Menschen mit Behinderung oder Zwangsarbeiter:innen abgeben, die dem wahren Ausmaß nahekommen.

Auch über Erinnerungsorte in der eigenen Region sind die meisten nicht informiert: 63 Prozent der Befragten gaben an, wenig bis gar nichts über Ge-

Eine Mehrheit in Deutschland wünscht sich einen „Schlussstrich“ unter die NS-Zeit

denkorte am eigenen Wohnort zu wissen. 40 Prozent der Befragten gaben an, viel bis sehr viel über den Nationalsozialismus in der Schule gelernt zu haben – in den Jahren zuvor waren es noch bis zu 7 Prozentpunkte mehr.

„Dass viele Befragte angeben, sich intensiv mit der Geschichte des Nationalsozialismus beschäftigt zu haben, und zugleich an Wissensfragen scheitern, deutet unter anderem auf Leerstellen in der schulischen und außerschulischen Bildungsarbeit hin“, sagt Stephanie Bohra, Leiterin für Bildung der Stiftung Topographie des Terrors.

In vergangenen Memo-Studien habe sich gezeigt, dass neben Schulen und Gedenkstät-

ten auch Filme zum Thema Nationalsozialismus eine wichtige Rolle in der Erinnerungsarbeit spielen. Diese würden als sehr prägend erlebt, sagt Rees. Dass in der Memo-Studie von 2020 43 Prozent der Befragten – mit großem Abstand die meisten – angaben, ihnen sei der Film „Schindlers Liste“ besonders lange im Gedächtnis geblieben, findet Rees bezeichnend: „Das passt zur deutschen Erinnerungskultur, ein Film, in dem es ums Helfen geht und weniger um die Täterschaft.“ Die NS-Erinnerung werde zunehmend zu Unpersönlichem, „etwas, was man aus dem Fernsehen kennt, das eventuell nach dem ‚Tatort‘ läuft“, kritisiert Rees.

Schon zwei Jahre zuvor gaben 54 Prozent der Befragten an, zu glauben, ihre Vorfahren seien Opfer des Nationalsozialismus gewesen. Darauf folgten Helfer:innen und Täter:innen mit jeweils 18 Prozent.

Auch in der aktuellen Studie zeigen sich ähnliche Ergebnisse: Der Aussage, der Wohlstand vieler Familien basiere bis heute auf Verbrechen aus der Zeit des NS, stimmten 19 Prozent der Befragten zu. Die gleiche Aussage über die eigene Familie bejahen jedoch nur 2,8 Prozent. Bei der Wirtschaft zeigen sich vergleichbare Zahlen: Fast ein Drittel denkt, der Wohlstand vieler deutscher Unternehmen basiere bis heute auf NS-Verbrechen. Beim eigenen Arbeitgeber denken das nur 8 Prozent der Befragten. In der kollektiven Erinnerung werden demnach systematisch Dinge verzerrt, für Jonas Rees vom IKG Bielefeld gibt es eine Erklärung: „Je näher es an die eigene Person geht, desto defensiver werden wir Menschen. Die Nazis waren immer die anderen.“

Diese systematische Verzerrung könne dort, wo Wissen verloren geht, auch den Diskurs beeinflussen, sagt Rees. Das zeigt sich auch an einem weiteren Ergebnis der Studie: Rund jeder zehnte Studienteilnehmer stimmt antisemitischen Aussagen zu, zum Beispiel, dass jüdische Menschen in Deutschland zu viel Einfluss hätten oder „üble Tricks“ nutzten. Rund ein Viertel der Befragten stimmte der Aussage zu, jüdische Menschen würden den Holocaust zum eigenen Vorteil ausnutzen.

Erstmals seit Beginn der Memo-Studienreihe 2017 forderte mit 38 Prozent eine Mehrheit der Teilnehmer:innen einen „Schlussstrich“ unter die NS-Zeit. 37 Prozent lehnten dies zwar ab, jedoch waren sie zum ersten Mal in der Minderheit. „Manchmal macht man Studien und erwartet schon, dass bestimmte Dinge sich verschieben, aber wenn sich in der Haltung der deutschen Bevölkerung zur NS-Vergangenheit etwas so deutlich verschiebt, dann sollte uns das Sorgen machen“, so Studienleiter Rees.

Gleichzeitig zeigen die Studienergebnisse aber auch, dass eine Mehrheit (42 Prozent) es wichtig findet, an die Verbrechen des NS zu erinnern. Hier zeigt sich also auch ein Potenzial, Wissenslücken zu schließen. Der Ort, an dem laut Studie angesetzt werden muss, um Menschen zur Beschäftigung mit dem NS zu motivieren, ist die Schule. Freiwilligkeit und Selbstbestimmtheit seien hier die Stellschrauben.

Eine Idee, wie Gedenkstättenbesuche gelingen könnten, sind Schulprojekte. „In solchen könnte man über längere Zeit spezifisch zu bestimmten Opfergruppen arbeiten und die Schülerinnen und Schüler aktiv in die Planung mit einbeziehen“, sagt Stefan Düll, Präsident des Deutschen Lehrerverbandes. Im Anschluss an das Projekt stehe dann der Besuch einer Gedenkstätte an. Dafür brauche man aber auch den zeitlichen Freiraum an der Schule, der sei aber beschränkt: „Wir haben einen bestimmten Schulverlauf, der unabänderlich ist“, so Düll.

Letztlich liege es neben den zeitlichen Zwängen auch am Problem des Lehrkräftemangels, sagt Anja Bensing-Stolze, Vorstandsmitglied der Bildungsgewerkschaft GEW und dort Verantwortliche für den Bereich Schule. „Wir haben einen akuten Lehrkräftemangel, und es fehlt ebenfalls an entsprechender Fortbildung.“ Eine intensive Projektarbeit mit ausreichend Freiraum für Lehrer:innen ist aber möglich, sagt sie. „Viele Initiativen von Jugendlichen, die für ihr Engagement ausgezeichnet werden, sind aus sehr motivierenden Unterrichtsszenarien entstanden“, so Bensing-Stolze.

Je ärmer der Kiez, desto weniger Kitaplätze

Eine Studie zeigt, wie private Betreuungsangebote arme Familien zusätzlich benachteiligen

Von Ralf Pauli

Wie ungerecht es bei der Kitaplatz-Vergabe in Deutschland zugeht, ist mittlerweile gut dokumentiert. Das Bundesinstitut für Bevölkerungsforschung (BiB) etwa wies bereits vor zwei Jahren nach, dass die Betreuungschancen für armutsgefährdete Kinder unter drei Jahren nur halb so groß sind wie für Kinder aus nicht prekären Verhältnissen. Weniger gut erforscht hingegen ist die Frage, woran genau das liegt. Hier liefert nun eine Studie des Instituts der deutschen Wirtschaft (IW) neue Erkenntnisse.

Die Erhebung, die am Dienstag veröffentlicht worden ist, zeigt, dass in ärmeren Stadtvierteln oft weniger Kitaplätze zur Verfügung stehen als in wohlhabenderen Ecken der Stadt. Teils sei die Betreuung dort „doppelt, dreifach oder sogar vierfach“ so hoch, schreiben die IW-Forscher:innen. Innerhalb einer Stadt gebe es im Schnitt ein Drittel mehr Kitas in den reicheren Stadtteilen. Für ihre Studie haben die Autor:innen 2.600 Quartiere in 52 Städten untersucht.

Als Hauptgrund für die ungleiche Kita-Verteilung sieht die IW-Studie die Logiken des freien Marktes. So bauten konfessionelle und freigemeinnützige Träger, die bundesweit zwei Drittel der Kitaplätze bereitstellen, vor allem in wohlhabenderen Gegenden ihre Betreuungsangebote aus. Möglicherweise verschärfen die Kommunen diesen Trend, indem sie stärker auf die Bedarfe von sozial besser gestellten Familien eingehen, die ihre Ansprüche besser kommunizieren könnten. Laut der IW-Studie ist diese Benachteiligung besonders in ostdeutschen Kommunen zu beobachten, im Westen wirkten die kommunalen Angebote diesem Trend teils entgegen.

Für das Versprechen gleicher Bildungschancen seien die ungleich verteilten Kitaplätze „fatal“, warnen die Autor:innen. Es drohe die „Reproduktion von sozio-ökonomischen Chancenungleichheiten“. Studienautor Matthias Diemeier kritisiert: „Das Geld, das in Kitas investiert wird, kommt nicht ausreichend da an, wo es ankommen sollte.“

Die Fraktionsvorsitzende der Linkspartei im Bundestag, Heidi Reichinnek, nimmt die künftige Bundesregierung in die Pflicht: „Die Studie ist der nächste Beweis dafür, dass die Kommunen massiv bei der Finanzierung der Kitas unterstützt werden müssen“. Dem müsse der Bund entgegenwirken.

In ihrem Koalitionsvertrag versprechen Union und SPD, Kitas in sozial benachteiligter Lage mit zusätzlichen Mitteln auszustatten. Ab 2027 sollen allein vom Bund jedes Jahr 8 Milliarden Euro in die Kitas fließen. (mit dpa)

WAS HIER HEISST HIER ZUKUNFT

Linker Journalismus im Hier, Jetzt & Morgen. Und auch in Ihrer Nähe!

Gemeinsam richten wir den Blick gen Zukunft und schauen auch das digitale Lesen genauer an. Bringen Sie Ihre Fragen mit – zusammen finden wir passende Antworten.

taz ■ seitenwende on tour

Europa ohne die USA?

Ein Gespräch über Trump, die Zukunft der USA und ein unabhängiges Europa mit Laura von Daniels, Katharina Nocun, Bernd Pickert und Barbara Junge

📍 **Münster**
06.05.25
19:00 Uhr

Theater im Pumpenhäus
Gartenstraße 123
48147 Münster
Hilfe in Sachen ePaper & Abo ab 17:00 Uhr

Anmeldung und alle Informationen:
taz.de/seitenwende